

# Der Sprengstoff heißt „Ortskräfte“



Von WOLFGANG HÜBNER | Wie viele und welche sogenannten „Ortskräfte“ aus Afghanistan sollen Aufnahme in Deutschland finden? Unionskanzlerkandidat Armin Laschet hat sich schon mit einer Garantie für alle Personen festgelegt, die in Diensten der deutschen Truppen gearbeitet haben. Doch hat er wohlweislich keine Zahl genannt, er braucht ja auch noch Wähler. Die benötigt Bundeskanzlerin Merkel nun nicht mehr, deshalb brachte sie die Zahl von 10.000 Afghanen in die Diskussion, die Deutschland künftig alimentieren müsste. Außenminister Heiko Maas von der SPD munkelt von einer „nicht unerheblichen Zahl“, was seinem von sich so begeisterten Parteifreund Olaf Scholz den Kampf um die Kanzlerschaft zwar nicht verdirbt, aber auch nicht leichter macht.

Die Grünen mit Annalena „Völkerrecht“ Baerbock wollen natürlich zusammen mit der ihnen nahestehenden Asylindustrie am liebsten gar keine zahlenmäßige Begrenzung. Und die AfD spricht mit verschiedenen Zungen, was nicht zuletzt den vielen Militärs mit Afghanistan-Erlebnissen in ihren Reihen geschuldet sein dürfte. Die neuen Machthaber in Kabul werden allerdings nicht jeden, der nach Deutschland will und soll, auf den von ihnen umgestellten Flughafen lassen. Sie werden sich die Ausreise von etlichen „Ortskräften“ vielmehr teuer abkaufen lassen. Aber Geld spielt ja für deutsche Regierungen, die in der Welt Gutes tun wollen, schon lange keine Rolle mehr.

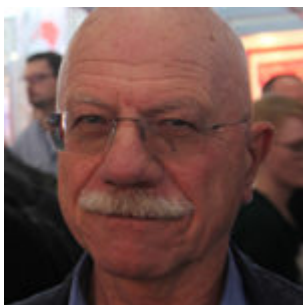
Klar ist jedoch, dass ein Massenexodus von Afghanen, ob nun „Ortskräfte“ oder wer auch immer, in Deutschland sehr unpopulär ist. Deswegen müssen die linientreuen Medien gewaltig trommeln, sie emotionalisieren und moralisieren im Stundentakt, um im maskierten Volk wenigstens eine Art resignative Duldungsstimmung für den zu erwartenden Jungmännerstrom aus dem Osten zu erreichen. Ob das gelingt, ist trotzdem unsicher. Für die AfD ist die Entwicklung ein politischer Elfmeter, der allerdings auch ins Tor geschossen werden muss. Zweifel an der Treffsicherheit seien erlaubt (Götz Frömming am Donnerstag im [Morgenmagazin](#): „[...] Es besteht jetzt die Angst, dass auch Ortskräfte zu einer Metapher sozusagen werden könnte, durch die dann wieder eine Massenmigration ausgelöst wird.“).

Das Problem mit den „Ortskräften“ hat noch eine viel tiefere, sehr grundsätzliche Dimension: Denn es geht um die deutsche Außen- und Militärpolitik im Kern. Ganz schnell kann sich nämlich im afrikanischen Staat Mali, wo auch deutsche Soldaten im Einsatz sind, die afghanische Situation wiederholen. Auch dort wird es gewiss inzwischen allerlei „Ortskräfte“ geben. Unvermeidlich stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage: Was hatte

deutsches Militär eigentlich in Afghanistan, was hat es nun in Mali verloren? In beiden Staaten wurden bzw. werden deutsche Soldaten von weiten Teilen der Bevölkerung als Besatzer angesehen.

In Afghanistan an der Seite der 2001 in einem Angriffskrieg siegreichen NATO-Vormacht USA, in Mali an der Seite der neokoloniale wirtschaftliche Interessen vertretenden Franzosen. War oder ist das im Sinne und zum Nutzen des deutschen Volkes? Solche Fragen werden in Berlin, in Washington, Paris oder Brüssel gefürchtet. Nicht zu unrecht. Denn sie sind politischer Sprengstoff. Vordringlich für alle Parteien in Deutschland, die AfD nicht ausgenommen. Doch diese Fragen verlangen Antworten statt Phrasen nach dem westlichen Desaster in Afghanistan. Soviel steht bereits fest: Diese Antworten werden sehr unterschiedlich ausfallen.

---



Hübner auf der Buchmesse 2017 in Frankfurt.

*[PI-NEWS-Autor Wolfgang Hübner](#) schreibt seit vielen Jahren für diesen Blog, vornehmlich zu den Themen Linksfaschismus, Islamisierung Deutschlands und Meinungsfreiheit. Der langjährige Stadtverordnete und Fraktionsvorsitzende der „Bürger für Frankfurt“ (BFF) legte zum Ende des Oktobers 2016 sein Mandat im Frankfurter Römer nieder. Der leidenschaftliche Radfahrer ist über [seine Facebook-Seite](#) und seinen neuen [Telegram-Kanal](#) erreichbar.*